

Kreistagsfraktion BVR/FW * Hafenstraße 12 * 18356 Barth

Staatskanzlei des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig
Schloßstraße 2-4
19053 Schwerin

**Fraktion BVR/FW
im Kreistag des Landkreises
Vorpommern-Rügen**
038231/666-410
kreistagsfraktion-bvr-
fw@web.de

Barth, den 27.04.2020

Unser Zeichen:
2020BVR/FW-offn._Brief3

Offener Brief an die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern zu Kontaktverboten und Abstandsregelungen im öffentlichen Raum sowie zur Beschränkung von Zusammenkünften in der Öffentlichkeit gemäß der Anti-Corona-VO MV

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

die Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat mit ihrer Verordnung gegen das neuartige Coronavirus (Anti-Corona-VO MV) v. 17.04.2020 die Beschränkungen zu den Kontaktverboten und Abstandsregelungen im öffentlichen Raum sowie die Beschränkungen von Zusammenkünften in der Öffentlichkeit aufrecht erhalten und in Bezug auf einzuhaltende Hygiene- und Schutzmaßnahmen sowie durch Öffnungsregelungen ergänzt. Insbesondere wurde dabei in § 8 das Veranstaltungs- und Versammlungsverbot fortgeführt und Ausnahmen hiervon bestimmt. Die Landesregierung hat sich dabei gerade auch mit Hinblick auf den MV-Plan für einen Einstieg in eine schrittweise Öffnung der vorgenommenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern unter Beibehaltung des Kontaktverbotes, der Abstandsregelungen sowie von Hygienevorschriften und des zusätzlichen Tragens von Mund-Nasen-Schutz in bestimmten Bereichen und Situationen gemäß der Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts entschieden.

Die schrittweise und vorsichtige Öffnung erfordert von allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes Einsicht, Vernunft und Disziplin. Zur Eindämmung der Corona-Epidemie wird von jedem Einzelnen gerade auch mit Blick auf die Beschränkung von Grundrechten sehr viel abverlangt. Wie sich in den vergangenen Wochen gezeigt hat, haben die Bürgerinnen und Bürger von Mecklenburg-Vorpommern Verständnis für diese Maßnahmen der Landesregierung und sich weitestgehend daran gehalten, sodass die Infektionszahlen in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin gering sind.

Zuständig für die Durchführung der Anti-Corona-VO MV und damit auch für die Kontrolle der Einhaltung der Maßnahmen zur Beschränkung des öffentlichen Lebens sind unter anderem die örtlichen Ordnungsbehörden. Doch was ist, wenn sich diese Behörden bei ihrer Arbeit selbst nicht an die Bestimmungen der Anti-Corona-VO MV halten? Was ist, wenn die örtlich zuständige

Fraktion Vorpommern-Rügen/Freie Wähler
im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen
Hafenstraße 12
18356 Barth
Telefon: 038231/666-410

Fraktionsvorsitzender
Mathias Löttge
fraktionsvorsitzender-bvr-fw@web.de
kreistagsfraktion-bvr-fw@web.de
www.facebook.com/fraktion.bvr.fw

Ordnungsbehörde in Person der leitenden Verwaltungsbeamtin die Kurdirektoren bzw. Betriebsleiter der Kur- und Tourismusbetriebe der Gemeinden des Amtsbereiches sowie den Geschäftsführer des regionalen Tourismusverbandes und den Bürgermeister der touristischen Nachbargemeinde zu einer Zusammenkunft in die eigenen Amtsräume einlädt?

Die Anti-Corona-VO MV bestimmt in § 8 eindeutig die Untersagung von öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen, Ansammlungen und Versammlungen aller Art, wobei Ausnahmen von diesem Verbot erkannt werden. Mit Sicherheit dient diese Zusammenkunft mit regionalen Touristikern zur Beratung und zum Austausch von Erfahrungen und Vorschlägen mit dem Umgang der Folgen aufgrund der Corona-Pandemie, wie die Untere Rechtsaufsicht des Landkreises Vorpommern-Rügen das Treffen bewertet, nicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Darseinsfür- und -vorsorge. Zumal die Landesregierung bisher noch über keine Schritte zur Öffnung des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern entschieden hat. Auch wird man bei einem solchen informellen Treffen mit überwiegend Nichtmandatsträgern und Gremienfremden schwerlich von einem Selbstorganisationsrecht des Amtsbehörde als Körperschaft ausgehen können. Wo ist also die Rechtsgrundlage, die für diese Zusammenkunft mit Touristikern in Amtsräumen eine Ausnahme vom grundsätzlichen Versammlungsverbot bestimmt?

Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass die Untere Rechtsaufsicht des Landkreises Vorpommern-Rügen bei der stattgefundenen Zusammenkunft von einem „Selbstverwaltungsrecht“ des Amtes als Körperschaft des öffentlichen Rechts ausgeht. Doch leider bestimmt die Anti-Corona-VO MV keine Ausnahme vom Verbot von Veranstaltungen, Ansammlungen und Versammlungen aller Art für das Selbstverwaltungsrecht. Der Tourismus ist zudem eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden, welcher vorliegend mit einer Ausnahme nicht auf das Amt übertragen wurde. Versucht hier die Untere Rechtsaufsicht eine Ausnahme zu konstruieren, um diese Zusammenkunft im Nachhinein zu legitimieren?

Und was ist, wenn bei dieser Zusammenkunft dann auch der normierte Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten wurde, kein Desinfektionsmittel bereitgestellt war und sogar Kekse und Getränke gereicht wurden? Dabei reicht es nicht, so wie die Untere Rechtsaufsicht es aber annimmt, wenn der Versammlungsleiter lediglich auf die Einhaltung der Hygienevorschriften hinweist und sie selbst dann aber in keinsten Weise beachtet.

Diese informelle Verständigung der leitenden Verwaltungsbeamtin des Amtes mit regionalen Touristikern zur Beratung und zum Austausch von Erfahrungen und Vorschlägen mit dem Umgang der Folgen aufgrund der Corona-Pandemie hätte problemlos nach dem Beispiel der Beratungen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene auch als Telefon- oder Videokonferenz durchgeführt werden können. Immerhin ist es dem Amtsvorsteher als Leiter der betreffenden Amtsverwaltung bisher möglich gewesen, Beratungen mit den Bürgermeistern der amtsangehörigen Gemeinden in Form von Telefonkonferenzen durchzuführen. Die technischen Voraussetzungen liegen dafür also vor.

Eine Ordnungsbehörde findet nur dann bei den Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz und Einsicht in die Kontrollmaßnahmen sowie in die ggf. zu verhängenden Sicherheits- und Ordnungsmaßnahmen, wenn die Behördenmitarbeiter sowie deren Vorgesetzte hierbei mit ihrer Vorbildwirkung selbst über jeden Zweifel erhaben sind. Ansonsten wird das Vorgehen dieser Behörden als Willkür und Schikane von den Bürgerinnen und Bürgern empfunden und das zu Recht. Recht und Gesetz des Verwaltungshandelns und das Willkürverbot des Grundgesetzes sollten doch gerade in Krisenzeiten im besonderen Maße beachtet werden. Ein Missbrauch der eigenen Befugnis verbietet sich bei Behörden von Grund auf. Überaus bedenklich ist es in dem Zusammenhang zudem, wenn der Landrat in Gestalt der Unteren Rechtsaufsicht diese Zusammenkunft nach dem Infektionsschutzgesetz zum Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Anwesenden und der Allgemeinheit hätte unterbinden müssen, aber es unterlässt und statt dessen das verbotswidrige Handeln sogar noch befürwortet. Um auch weiterhin Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes für die Beschränkungen in der Corona-Krise zu finden, bedarf es bei den Behörden jederzeit einer Glaubwürdigkeit und Transparenz.

Die Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler bittet Sie eindringlich, in dieser Sache schnell zu handeln und auf die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen in der Corona-Krise im Landkreis Vorpommern-Rügen zu dringen, auf dass zukünftig derartiges Handeln bei den Ordnungsbehörden vor Ort und bei der Unteren Rechtsaufsicht verhindert wird und eine weitere Öffnung des öffentlichen Lebens durch die Landesregierung bei geringen Infektionszahlen möglich ist.

gez. Mathias Löttge

Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion BVR/FW
im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen